Vertreter von Judentum und Islam setzen auf vertieften Austausch

31. Mai 2019



Bonn (KNA) Der Austausch zwischen Juden und Muslimen ist nach Ansicht des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, wichtiger denn je. „Denn mit dem Einzug der AfD in unsere Landesparlamente und in den Bundestag hat sich die politische Lage verändert“, schreibt er in der „Süddeutschen Zeitung“ (Mittwoch). Eine Partei, die „Islamfeindlichkeit in allen Facetten“ verbreite, habe enorm an Einfluss gewonnen. Zugleich versuche die AfD, „ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Minderheiten Misstrauen und Abwehr entgegenschlägt“.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Das geplante Projekt „Prävention durch Dialog: Jüdisch-muslimisches Gespräch neu gedacht“ solle vor diesem Hintergrund stattfinden, so Schuster. Es gehe um den Austausch „über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihren Erfahrungen als Minderheit“. Auch die

gemeinsame Geschichte solle stärker in den Blick genommen werden.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, bezeichnete das Projekt als zukunftsweisend. „Vor allem der Ansatz, dies nicht auf Funktionärsebene zu machen, sondern über die Basis, überzeugt“, kommentierte er auf Twitter. Er hoffe auf baldige vielfältige Begegnungen zum Beispiel von jugendlichen Muslimen und Juden, „damit sie einander besser kennenlernen“.

Schuster ergänzte in seinem Gastbeitrag, dass heutzutage der Nahostkonflikt „auch auf den Schulhöfen Deutschlands ausgetragen“ werde. Der islamistische Terrorismus radikalisiere Menschen auch in Deutschland. Das Dialog-Projekt werde sich daher auf das Thema „Antisemitismus unter Muslimen“ fokussieren. „Wir wollen keine bereits Radikalisierten deradikalisieren – vielmehr wollen wir einer antisemitischen Radikalisierung vorbeugen.“ Auf muslimischer Seite sollten unterschiedliche Gruppen angesprochen werden.

Zusammenkommen und kennenlernen

Der Geschäftsführer des Zentralrats, Daniel Botmann, sagte am selben Tag der „Jüdischen Allgemeinen“: „Neu ist die Art und Weise, wie wir den Dialog organisieren und strukturieren.“ So sollten Menschen „vor Ort“ zusammengebracht werden. Angesprochen werden sollten etwa Schüler, Studenten, Lehrer, Sozialarbeiter und Vertreter der Wirtschaft. Geplant seien auch Social-Media Aktivitäten.

„Es gibt Themen, die uns verbinden, wie zum Beispiel Fragen der Religionsfreiheit, wenn wir über Beschneidung, Schächten oder das alltägliche religiöse Leben sprechen. Es gibt aber auch Themen, wie zum Beispiel den Nahostkonflikt, die dazu führen, dass Vorbehalte entstehen“, betonte Botmann.

Insgesamt sollten sich beide Seiten besser kennenlernen, erklärte Botmann. Zugleich betonte er, dass niemand unter Generalverdacht gestellt werde: „Wir reden bei den Projektpartnern über Menschen, die fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.“

Das Projekt, das von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung gefördert wird, soll noch in diesem Jahr starten. Neben verschiedenen Veranstaltungen solle der Dialog auch in den Sozialen Netzwerken breiten Raum finden, hieß es bei der Ankündigung Mitte Mai.

(KNA - tkpmt-89-00145)
Foto: Unsplash

Stand: 13. November 2026